

## EINBÜRGERUNG VON KINDERN

### Mit Zahnsperre und Doppelpass

Zum Jahreswechsel lässt sich trefflich darüber spekulieren, was in den nächsten 12 Monaten alles so geschieht. Eines wird am Jahresende ganz sicher anders sein, dann nämlich leben bei uns 100.000 Menschen mit Windeln und Doppelpass. So viele Kinder von Eltern mit ausländischer Staatsangehörigkeit werden nämlich jährlich in Deutschland geboren. Und sie werden entsprechend dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht neben der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern auch die deutsche haben, wenn ihre Eltern dauerhaft hier wohnen.

Am Ende des Jahres werden diese neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger sich vorrangig für ihre Beibringer interessieren. In ein paar Jahren aber werden sie spüren, dass sie die gleichen Rechte haben wie ihre Altersgenossen mit deutschen Eltern – etwa wenn sie ins Ausland fahren, was in grenznahen Städten durchaus schon im Kindergarten geschehen kann. Ihre Eltern müssen sich nicht mit großem Zeitaufwand um ein Visum kümmern. Und Kinder spüren natürlich sehr genau, wenn sie anders behandelt werden als andere.

Auch Kinder, die am 1. Januar noch keine zehn Jahre alt waren, können auf Antrag der Eltern eingebürgert werden und müssen sich wie die Kleinen erst mit Vollendung des 23. Lebensjahrs – in der Regel, denn Ausnahmen sind möglich – für eine Staatsbürgerschaft entscheiden. Das sind dann noch einmal locker 100.000, nur dieses Mal mit Zahnsperre und

Doppelpass. Die bis 10-jährigen werden nicht automatisch eingebürgert, das geht nur auf Antrag und nur in diesem Jahr. Und anders als die Babys sind sie keine neuen Mitbürger. Sie sind seit ihrer Geburt Inländer, nur mit einer anderen Staatsangehörigkeit.

Mit der Einbürgerung wird die staatsbürgerrechtliche Situation in Deutschland stärker an die realen Lebensverhältnisse angepasst. Vor allem aber wachsen die jungen Menschen in die Gesellschaft mit dem Bewusstsein hinein, die gleichen Rechte und Pflichten wie andere auch zu haben. Für die Entwicklung ihrer Persönlichkeit ist das von ganz entscheidender Bedeutung.

Der DGB bittet deshalb ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sich zu überlegen, ob sie nicht für ihre Kinder die deutsche Staatsangehörigkeit beantragen. Natürlich sollen sie genauso darüber nachdenken, ob sie den Schritt nicht auch für sich gehen. Auch dafür gibt es gute Gründe.

Einbürgerung ist nicht gleich schon ein Schutz vor Diskriminierung im Alltag. Deshalb ist die Werbung für Einbürgerung immer auch Werbung für ein tolerantes Deutschland. Und es ist die Aufforderung an die hier lebenden Ausländer, die Rechte zu erwerben, die es ihnen erlauben, sich in die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse einzumischen, von denen auch sie abhängen. Anfangen können sie als erstes bei ihren Kindern.

## Inhalt

### SEITE 2

- Interkultureller Rat

### SEITE 3

- Recklinghäuser Tagung
- Aktiv gegen Rechts

### SEITE 4

- Das Jahrhundert der Migration  
Prof. Klaus J. Bade  
(Universität Osnabrück)
- Arbeitshilfe für Bildungsarbeit
- Kock contra Schily

### Weitere Informationen:

Im Rahmen der Debatte um und Kampagne für Einbürgerung gibt es vom DGB verschiedene Materialien. Neu erschienen ist ein Flyer zum Thema „Haben Sie schon einen Antrag auf Einbürgerung Ihrer Kinder bis 10 Jahre gestellt?“, der sich an ausländische Kolleginnen und Kollegen richtet. (Zwei weitere Flyer folgen.)

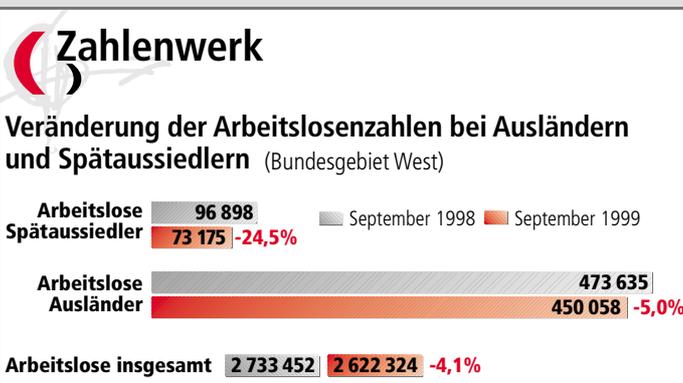
Die DGB-Position und weitere Materialien sind in den Mitteilungen zur Migrationspolitik vom 15. April 1999 erschienen. „Reform des Staatsangehörigkeitsrechts – Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes“

**Bestellungen bei:** DGB-Bundesvorstand, Referat Migration Internationale Abteilung Burgstraße 29-30, 10178 Berlin anna.tastsoglou@bundesvorstand.dgb.de

### Grundlegende Informationen

bieten auch Broschüren für die Bildungsarbeit und für Multiplikatoren: Erleichterte Einbürgerung – ius soli – Doppelstaatsbürgerschaft Doppelstaatsbürgerschaft! Warum? Schließlich gibt es noch einige Exemplare der Plakatserie „Wir alle sind (in) Deutschland“

**Bestellungen bei:** toennes satz + druck gmbh, Postfach 3262, 40682 Erkrath, Fax: 0211/ 92008-38 E-Mail: toennes-satzdruck@uemail.de



**Gemeinsame Asylpolitik.** Am 15. und 16. Oktober 1999 tagte der Europäische Rat im finnischen Tampere. Beschlossen wurde u.a. die Entwicklung einer gemeinsamen EU-Politik für die Bereiche Asyl und Migration. Für die Asylpolitik solle ein System geschaffen werden, „das sich auf die uneingeschränkte und allumfassende Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention stützt“. Was im Einzelnen beschlossen wurde, in welchem Zusammenhang das steht, kann dem Abschlusspapier – „Schlussfolgerungen des Vorsitzes“ – entnommen werden. **Abrufbar ist der Text im Infonetz von PRO ASYL im Internet unter:**  
[www.proasyl.de/texte/mappe/1999/20/anlage1.htm](http://www.proasyl.de/texte/mappe/1999/20/anlage1.htm)

**EUGH**

**Mindestlöhne am Bau entsprechen EU-Recht.** Mindestlöhne sind grundsätzlich mit dem europäischen Recht vereinbar. Dies stellte der Europäische Gerichtshof (EuGH) in einer Entscheidung zum Baubereich am 23. November 1999 fest (Az:C-369/96 und 376/96). Der auch auf deutschen Baustellen eingeführte Mindestlohn entspricht ebenso den europäischen Regelungen wie die Überprüfungen der Sicherheitsbestimmungen auf den Baustellen durch die Arbeitsämter. Im verhandelten Fall hatten zwei französische Montagefirmen gegen die entsprechenden Auflagen in Belgien geklagt. (aus: EU-Nachrichten Nr. 42, 24. November 1999)

**INTERKULTURELLER RAT**

## Begegnung als Prinzip

Vor der Feier führten die Gastgeber ihre Gäste noch kurz durch ihr fast fertig gestelltes Haus. Es war kein gewöhnliches Haus, das da am 3. Oktober letzten Jahres in Darmstadt besichtigt wurde, sondern eine Moschee. Und es war auch keine gewöhnliche Party, sondern eine interreligiöse Feier, bei der die türkisch-islamische Gemeinde Gastgeber war. Andererseits ist eine solche Feier so ungewöhnlich auch wiederum nicht. Seit 1996 ruft der Interkulturelle Rat dazu auf, am Tag der deutschen Einheit interreligiöse Begegnungen zu veranstalten. In vielen Städten wurde diese Anregung aufgegriffen. So erschien schon 1997 eine Broschüre, in der erste Erfahrungen mit dieser Initiative verarbeitet wurden.

Den Hintergrund der Initiative erläuterte der Vorsitzende des Interkulturellen Rats, Jürgen Miksch, bei der letztjährigen Feier in Darmstadt so: „Fremdenfeindlichkeit und Rassismus haben keinen Platz, wo sich Menschen begeg-

nen.“ Diese Philosophie steht auch hinter einem gänzlich anderen Projekt des Interkulturellen Rates. Mit Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen werden Begegnungen zwischen türkischen und russlanddeutschen Jugendlichen organisiert. Gerade zwischen diesen Gruppen entstehen immer wieder Konflikte bis hin zu tätlichen Auseinandersetzungen. Nach einem ersten Treffen im November werden in diesem Jahr in vielen Städten und Gemeinden – in Zusammenarbeit mit örtlichen Jugendhäusern und Vereinen – Gesprächsrunden organisiert.

Der Interkulturelle Rat ist eine vergleichsweise junge Organisation. Er wurde am 30. August 1994 gegründet. In ihm arbeiten Menschen unterschiedlicher Herkunft und Nationalität. Es sind Persönlichkeiten aus Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Religionsgemeinschaften, Migranten- und Menschenrechtsorganisationen.

Die Initiierung und Förderung von Dialogen mit dem Ziel, uninformierte Gleichgültigkeit zwischen verschiedenen Gruppen als eine Ursache von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu überwinden, ist eine selbst gestellte Aufgabe des Interkulturellen Rates. Daneben zielt er darauf, durch langfristig angelegte Aufklärungsarbeit zu einem friedlichen Zusammenleben beizutragen. Und natürlich mischt er sich mit Broschüren und Argumentationshilfen in aktuelle Auseinandersetzungen ein. Die Themen reichen vom Staatsbürgerschaftsrecht bis zu Regelungen gegen Diskriminierung.

Und bisweilen gibt es auch kostenlose Politikberatung. So forderte Jürgen Miksch im letzten September Bundeskanzler Gerhard Schröder auf, sich ein Beispiel an seinem Freund und Kollegen Tony Blair zu nehmen. Der unterstützt die antirassistische Arbeit in Großbritannien mit jährlich über 40 Millionen Mark. Im Bundeshaushalt sind dafür keine Mittel vorgesehen.

**Informationen:**

Interkultureller Rat  
in Deutschland e.V.  
Riedstraße 2  
64295 Darmstadt  
Telefon: 0 61 51 / 33 99 71  
Fax: 0 61 51 / 36 70 03  
E-Mail:  
[interkultureller-rat@t-online.de](mailto:interkultureller-rat@t-online.de)  
Internet:  
[interkultureller-rat.de](http://interkultureller-rat.de)

**IN EIGENER SACHE**

*Nein, es ist nicht so, dass wir Platz füllen müssten und deshalb immer dasselbe schreiben. Was ist: Forum Migration wird ab dem 1. April 2000 nur noch an Einzeladressen versandt (und zwar als Einzulexemplare) und nicht mehr über die DGB-Kreise verteilt.*

*Wer Forum Migration weiter oder neu beziehen möchte (auch diejenigen, die sich bislang auf das Verteilen verlassen haben), sollte allmählich aktiv werden und bestellen unter:*

*DGB-Bundesvorstand, Postfach 110372, 10833 Berlin  
0211/43 01-134 (Fax)*

*[migration@bundesvorstand.dgb.de](mailto:migration@bundesvorstand.dgb.de) (E-Mail)*

**BERICHTIGUNG**

*Erwischt. Wir haben bei der Recherche für den Beitrag zum Mauerfall (Ausg. 2) einen Fehler gemacht. Nicht erst die erste frei gewählte Volkskammer hat das kommunale Wahlrecht für Ausländer in der DDR eingeführt, sondern die alte Volkskammer – und zwar für die Kommunalwahl im Frühjahr 1989. Dass das Wahlrecht mit der Wiedervereinigung wieder abgeschafft wurde, ist freilich so oder so richtig. Erwischt hat uns der Kollege Roland Wanitschka – Vorsitzender des ÖTV-Kreises Südthüringen und des DGB-Ortskartells Eisenach. Ihm haben wir zu danken. Bei allen anderen Leserinnen und Lesern entschuldigen wir uns.*

## Bilanz und Ausblick

Integration und Migration von Ausländern in Europa standen im Mittelpunkt der Recklinghäuser Tagung der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) am 4. Dezember 1999. Das Treffen hat eine lange Tradition, es war immerhin die 29. Recklinghäuser Tagung, die von der damaligen IG Bergbau und Energie ins Leben gerufen wurde. Ein solcher Zeitraum ist nicht zuletzt Beleg für eine Kontinuität in der Arbeit, die auch im Organisationsgrad sichtbar wird. So waren zum Zeitpunkt des Zusammenschlusses zur IG BCE 98 Prozent aller ausländischen Kolleginnen und Kollegen in der IG BE organisiert. Dagegen nehmen sich die etwas über 70 Prozent Organisationsgrad in der chemischen, papierverarbeitenden und keramischen Industrie und die über 60 Prozent in der Lederindustrie fast schon bescheiden aus, obwohl das Zahlen sind, von denen andere Organisationsbereiche nur träumen können.

Eine der vielfältigen migrationspolitischen Aktivitäten ist die Herausgabe des Informationsblatts „Dialog“ in sieben Sprachen. Ulrich Freese, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstands der IG BCE dazu: „Wir machen es des-

halb, weil wir überzeugt sind, dass es nach wie vor notwendig ist, unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen in ihrer Landessprache anzusprechen. Außerdem meinen wir, dass die Pflege der Muttersprache genauso wichtig ist, wie das Erlernen der deutschen Sprache.“

Wenn von Integration die Rede kommt die Debatte natürlich schnell auf das neue Staatsbürgerschaftsrecht. „Dieses Gesetz entspricht sicher nicht unseren Vorstellungen, wir meinen aber trotzdem, dass es ein Schritt in die richtige Richtung ist.“ So Ulrich Freese auf der Recklinghäuser Tagung. Allerdings dürfe es keinen Stillstand in der Diskussion und im Handeln in der Ausländerpolitik geben.

Das sah die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Marie-Luise Beck, ganz ähnlich. In Recklinghausen forderte sie neue Schritte in der Integrationspolitik. Ein Punkt: „Das völlig unübersichtliche Arbeitsgenehmigungs- und Anwerberecht, das selbst den Betriebsleiter eines mittelständischen Unternehmens überfordert, muss deshalb dringend reformiert werden.“

Wie weit es damit und anderen Vorhaben weiter gegangen ist, wird sicher auf der nächsten Recklinghäuser Tagung bilanziert werden. Das ist dann die 30. ■

## Infos mit der Feuerwehr

Im April 1998 – die rechtsradikale DVU war in Sachsen-Anhalt gerade in den Landtag eingezogen – trommelte der DGB in Mecklenburg-Vorpommern den „Ratschlag gegen Rechts“ zusammen. Dies ist ein Bündnis aus verschiedensten Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, das sich 1992 nach den Brandanschlägen in Rostock gegründet hatte. Im Land im Norden standen Wahlen an, ein Erfolg der Rechtsextremen sollte verhindert werden. Man verständigte sich darauf, dass nicht jeder sein Feld beackert, sondern gemeinsam versucht wird, in allen gesellschaftlichen Bereichen aktiv zu sein: in den Kommunen, in Betrieben, in Schulen, in den Medien.

Für die Gewerkschaften hieß das, sich nicht nur in der Arbeitswelt zu engagieren, sondern – so Michael Rittmeier, Pressesprecher des DGB-Landesbezirks Nord – „innerhalb der ganzen Gesellschaft“.

Es gab vielfältige Aktionen. Mit der Feuerwehr ging's durch Kleinstädte, um auf den Straßen zu diskutieren. Die „Demokratietour“ zog durch die Berufsschulen. Und da zeigte sich etwas Interessantes: Nach Rollenspielen – etwa einer „Bundestagsdebatte“ – halbierte sich oft die Zahl derjenigen, die der Meinung sind, Ausländer nehmen Deutschen die Arbeitsplätze weg. Solch kurzfristig mögliche Erfolge müssen – so Rittmeier – langfristig stabilisiert werden.

Um das zu schaffen, wurde nach der Wahl am 27. September 1998 – bei der die rechtsextremen Parteien weit unter der Fünf-Prozent-Hürde landeten – der „Verein für Demokratie und Toleranz“ gegründet, der die Arbeit mit einer Landesgeschäftsstelle und mehreren Regionalbüros weiterführt, mit Unterstützung der Landesregierung. Die hat das Zurückdrängen von Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit zur „Querschnittsaufgabe“ erklärt. Eben das war der Ansatz, als der DGB den „Ratschlag gegen Rechts“ zusammengetrommelt hatte. ■

## Notiert

**IGM.BROSCHÜRE Staatsbürgerschaftsrecht.** Im September letzten Jahres erschien die Broschüre „50 Jahre Grundgesetz: Ohne Bürgerrechte für alle Menschen? Als Beispiel: das Staatsbürgerschaftsgesetz“. Herausgeber ist der IG-Metall-Vorstand, erarbeitet wurde die Broschüre von der Abteilung Ausländische Arbeitnehmer.

Geschildert wird zum einen die Entstehung des neuen Gesetzes und die darum geführte Auseinandersetzung. Dazu werden zum anderen eine Reihe von Materialien und Dokumenten präsentiert. Das reicht vom Gesetzestext über die Positionen der IG Metall und des DGB bis zu Zitaten prominenter Politiker.

Daneben gibt es in einer Handlungshilfe noch praktische Tips. Zum Beispiel: An welche Behörde muss ich mich wenden, wenn ich mich als Ausländer einbürgern lassen will? Schließlich sind noch Vorlagen von Folien abgedruckt, die in Seminaren eingesetzt werden können.

**Bezug:** Die Broschüre kann bei der Abteilung Ausländische Arbeitnehmer der IG Metall bestellt werden. Fax: 069 / 66 93-2311

...GLEICHE WÜRDE

## Arbeitshilfe für Bildungsarbeit

„Verschiedene Menschen – gleiche Würde“ war das Motto der Woche der ausländischen Mitbürger/ Woche der Brüderlichkeit 1999 und es ist auch das Motto für die „Woche“ im Jahr 2000. Unter dem gleichen Titel hat der Ökumenische Vorbereitungsausschuss eine Arbeitshilfe für Unterricht und außerschulische Bildungsarbeit herausgegeben.

Die Ideen und methodischen Hinweise sind für den Unterricht in der Sekundarstufe und für die Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen zusammengestellt. Die Arbeitshilfe bietet Material und Bausteine, die entsprechend der jeweiligen Zielgruppe ausgewählt und zusammen gestellt werden können. Weitgehend vorgefertigte Arbeitsblätter sollen die Vorbereitung auf den Unterricht erleichtern.

Der Arbeitshilfe beigefügt sind auch Farbfolien von vier Plakaten des Wettbewerbs für die „Woche“ in den Jahren 1999 und 2000. Sie können als Denk- und Diskussionsanstöße in der Bildungsarbeit eingesetzt werden.

Verschiedene Menschen – gleiche Würde, 32 Seiten A 4, vier Farbfolien A 4. Unkostenbeitrag 15,- DM zuzüglich Versandkosten.

**Bestelladresse:** Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Woche der ausländischen Mitbürger Postfach 16 06 46, 60060 Frankfurt/ Main

„WIRTSCHAFTSFLÜCHTLINGE“

## Kock contra Schily

Der Präses der Evangelischen Kirche in Deutschland, Manfred Kock, kritisiert die Aussage von Bundesinnenminister Otto Schily, dass nur drei Prozent der Asylbewerber politisch Verfolgte seien, die anderen Wirtschaftsflüchtlinge. In einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 21. November 1999, erklärte Kock:

„Für mich sind Wirtschaftsflüchtlinge Leute, die nach Monaco ziehen, um bei uns keine Steuern zu zahlen, oder soviel Schulden haben, dass sie vor der Polizei ins Ausland fliehen. Die Menschen, die der Innenminister meint, entfliehen der Armut. Seine Wortwahl ist ungeschickt – und die Zahlen stimmen nicht. In den Verfahren werden fast zehn Prozent der Bewerber anerkannt, vor Gericht etwa weitere zehn Prozent.“

## Kommentar

### DAS JAHRHUNDERT DER MIGRATION



**Prof. Dr. Klaus J. Bade (Historiker am Institut für**

**forschung und Interkulturelle Studien – IMIS – der Universität Osnabrück)**

*Eine Epoche der Massenauswanderung war nicht nur das letzte, sondern schon das vorletzte Jahrhundert: Allein der transatlantische Massenausbruch führte vom frühen 19. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg 50 bis 60 Millionen Europäer in die Neue Welt. Unter ihnen waren ca. 7 Millionen Deutsche, von denen die meisten heute unter das Schimpfwort „Wirtschaftsflüchtlinge“ fallen würden. Aber es gibt einen klaren Unterschied im Wandergeschehen beider Jahrhunderte: Das 20. Jahrhundert war und blieb bis zuletzt eine Epoche nicht nur der Massenauswanderung, sondern auch der Massenzwangswanderung. Flucht, Vertreibung und „ethnische Säuberun-*

*gen“ prägten das Wandergeschehen im Ersten und mehr noch im Zweiten Weltkrieg, aber auch in der „Zwischenkriegszeit“ und am Jahrhundertende.*

*Das 20. Jahrhundert hat sich seinen Beinamen „Jahrhundert der Flüchtlinge“ blutig verdient, und er könnte auch für das 21. Jahrhundert Gültigkeit behalten. Zugleich ist die Intensität des weltweiten Wandergeschehens nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und im Globalisierungsprozess noch einmal stark angewachsen, auch wenn die viel beschworenen „neuen Völkerwanderungen“ ganz vorwiegend in den Ausgangsregionen blieben und Europa bis zum Ende des 20. Jahrhunderts nach wie vor nur zu ca. 5 Prozent tangierten.*

*Umso dramatischer ist die Tatsache, dass Europa in Sachen Migrationspolitik bis zum Ende des 20. Jahrhunderts seine Hausaufgaben sträflich vernachlässigt. Eine europäische*

*Migrationsgesetzgebung als Rahmen für nationalstaatliche Migrationspolitik gibt es erst in Ansätzen. Die mangelnde Bereitschaft zur Bekämpfung der Fluchtursachen in den Ausgangsräumen ist an den Etats zur Entwicklung- bzw. Wirtschaftshilfe abzulesen. Statt dessen dominiert der Kampf gegen Flüchtlinge, den man europäische Asylpolitik nennt. Und selbst hier gilt weithin das geopolitische St. Florians-Prinzip – keine Spur von jener viel beschworenen europäischen Lastenteilung in Sachen Flüchtlingsaufnahme, an der man eine gemeinsame Verantwortung gegenüber dem weltweiten Migrations- und Fluchtdrama erkennen könnte. Es gibt positive Ansätze, keine Frage. Aber sie hängen in der Luft, solange sie nicht auf europäischer und auf nationaler Ebene in integrale Gesamtkonzepte für Migration und Integration eingebettet sind. Das sollte sich im neuen Jahrhundert ändern.*

## Impressum

**FORUM MIGRATION**

**Herausgeber:** Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand, Referat Migration Burgstr. 29-30 10178 Berlin Tel. 030 / 2 40 60-742 **Erscheinungsweise** monatlich **Verantwortlich** für den Inhalt: Leo Monz **Koordination:** Isabel Basterra **Redaktion:** Bernd Mansel, Berlin **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Druck und Vertrieb:** toennes satz + druck gmbh, Erkrath **Forum Migration** wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung gefördert.